

Kapitel 5: Zusammen leben



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Lamy Kaddor (KV Duisburg)
Status: Zurückgezogen

Änderungsantrag zu PB.Z-01

Von Zeile 194 bis 196:

Teilhabe an der offenen und vielfältigen Einwanderungsgesellschaft betreffen, bei einem ~~Ministerium~~ neuen Einwanderungs- und Integrationsministerium bündeln und diese Themen aus dem Innenministerium herauslösen. Für mehr Repräsentanz und Teilhabe werden wir ein Partizipations- und Teilhabegesetz vorlegen und das

Begründung

Einwanderungspolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die von Fragen nach gleichem Bildungszugang, über gleiche Arbeitsperspektiven über Fragen nach gesellschaftlicher Teilhabe sowie Spracherwerb reichen. Um diese Aufgaben zwischen den Ressorts zu organisieren und Politik selbst gestalten zu können, bedarf es eines eigenen Ministeriums. Wir leben in einer Einwanderungsgesellschaft und können es nicht allein dem Innenministerium überlassen, "nebenbei" Einwanderung und Integration sowie gesellschaftlichen Zusammenhalt im Kontext von Sicherheitspolitik zu betrachten.

weitere Antragsteller*innen

Sigrid Beer (KV Paderborn); Franziska Krumwiede-Steiner (KV Mülheim); Gabriele Siegert (KV Duisburg); Jutta Velte (KV Remscheid); Anna Abbas (KV Gelsenkirchen); Niklas Geßner (KV Solingen); Hans Schwanitz (KV Köln); Schahina Gambir (KV Minden-Lübbecke); Laura Steeger (KV Mönchengladbach); Felix Banaszak (KV Duisburg); Odette Yilmaz (KV Hamburg-Altona); Marc Kersten (KV Köln); Sarah Jentsch (KV Duisburg); Sejnur Memisi (KV Mainz-Bingen); Melih Keser (KV Duisburg); Terry Reintke (KV Gelsenkirchen); Philipp Sean Giesinger (KV Kleve); Ulrike Tadema (KV Duisburg); Jule Wenzel (KV Duisburg)